



© Shutterstock/argus

Prioritäten des **EWSA** während des **niederländischen** **EU-Ratsvorsitzes**

Januar – Juni 2016

EU
2016



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss



Geleitwort des Präsidenten

Ich habe jeden Grund zur Annahme, dass sich die Niederlande auf ihre Erfahrungen mit der europäischen Integration stützen und alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um

- die Themen in den Rat einzubringen, die für unsere Mitgliedstaaten kurz- und langfristig wirklich wichtig sind,
- darauf hinzuarbeiten, dass sich der Rat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern endlich als ein Organ des Dialogs und des Konsens präsentiert, das in der Lage ist, solidarisch zu tragfähigen Lösungen zu gelangen und diese zügig, entschlossen und mutig umzusetzen und
- den Bürgerinnen und Bürgern Europa näher zu bringen: Es geht darum, ihnen ein Europa zu bieten, das sich spürbar um sie sorgt.

Während ich diese Zeilen schreibe, ist das Programm des niederländischen Ratsvorsitzes noch



nicht bekannt. Doch die niederländische Regierung hat ihre Absichten bereits in Mitteilungen an die Abgeordnetenkammer erklärt. Mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass die niederländische Regierung mit ihren Mitteilungen nicht nur darauf bedacht ist, die Abgeordneten zu informieren und zu konsultieren, sondern diese auch von Anfang an explizit darauf hinzuweisen, wenn sie der Stellungnahme Rechnung trägt, die der nationale Wirtschafts- und Sozialrat zu den Prioritäten der niederländischen Ratspräsidentschaft abgegeben hat. Das ist eine ausgezeichnete Vorgehensweise, und ich hoffe, dass der niederländische Ratsvorsitz diesen Ansatz auch auf EU-Ebene weiterverfolgen wird, d.h. dass er das Parlament einbezieht und jede Gelegenheit nutzt, um zu zeigen, dass der Rat die Ansichten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen berücksichtigt, und diesen Ansichten natürlich auch so weit wie möglich entspricht.

Die Prioritäten des Ausschusses während dieses Ratsvorsitzes werden im Wesentlichen diejenigen sein, die seine Organe festgelegt haben bzw. in den kommenden Monaten festlegen werden, und es sind die Interessen der europäischen Zivilgesellschaft und die Lage der Union, die diese Prioritäten bestimmen. Die Union wird sich während der Zeit, in der die Niederlande den Ratsvorsitz innehaben, zwangsläufig mit spezifischen Herausforderungen auseinandersetzen müssen – insbesondere mit der Notwendigkeit, eine entschiedene Antwort auf den aktuellen Flüchtlingsstrom nach Europa zu finden. Der Ausschuss ist

selbstverständlich bereit, seinen Beitrag hierzu zu leisten.

Im Übrigen sehe ich bei den zentralen Grundsätzen, die die niederländische Regierung für ihren Ratsvorsitz formuliert hat, viele Berührungspunkte.

Zu Recht beginnt die niederländische Regierung mit der Forderung nach einer Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert, nach einer Union, die den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und den europäischen Unternehmen einen Mehrwert bietet. Ich freue mich sehr, dass sie weiter ergänzt, hierzu müsse in erster Linie für die Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftliches Wachstum gesorgt werden. Noch erfreuter bin ich über ihre Erklärung, in diesem Punkt einer Forderung des nationalen Wirtschafts- und Sozialrates entsprochen zu haben.

Die niederländische Regierung wünscht sich ebenfalls zu Recht eine Unie die verbindet – ich würde das gerne mit „eine Union, die verbindet“, „une Union qui unit“ oder „a unifying Union“ übersetzen – und spricht von den Grundwerten und davon, dass der Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden muss. Ganz besonders begrüße ich auch, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv eingebunden werden sollen, und zwar so, dass sie wissen, dass sie gehört werden. Genau das ist nötig, wenn Europa wieder Tritt fassen und sich auf seine wahren Werte besinnen

soll, wenn Europa die Unterstützung und Begeisterung seiner Völker wiedererlangen und nicht länger als bürgerferne und gefühllose Maschine wahrgenommen werden soll, die unfähig ist, einen Konsens zu erzielen, außer um neues Unheil zu verkünden. Es muss unmissverständlich klargestellt werden, dass die Zivilgesellschaft gehört wird und dass es Organe gibt, die sie ordnungsgemäß vertreten; es muss gezeigt werden, dass diese Organe Gehör finden und es müssen den Menschen konkrete Beweise für Mut, Kreativität, Solidarität und Engagement geliefert werden – stets mit dem übergeordneten Ziel, die Armut zu bekämpfen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu verbessern.

Wenn sich der niederländische Ratsvorsitz diesem Ziel verschreibt und den Vorsitz in diesem Geiste führt, sich dafür einsetzt, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft gehört werden, dann wird unser Ausschuss selbstverständlich nicht nur zügig auf alle an ihn gerichteten Stellungnahmeersuchen reagieren, sondern er wird in diesem Ausschuss auch einen seiner stärksten Verbündeten finden. Aber auch sein Einsatz für die „echte“ Union, das heißt für ihre Unternehmen, ihre Arbeitnehmer und ihre Bürgerinnen und Bürger, wird die Unterstützung und Anerkennung unseres Ausschusses finden.

Georges Dassis
Präsident des EWSA

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wichtigste Prioritäten des Sozialwirtschaftlichen Rats der Niederlande

Seit den 1950er-Jahren hat der Sozialwirtschaftliche Rat der Niederlande (SER) mehrere Berichte mit Empfehlungen im Bereich der europäischen Integration veröffentlicht. In einem Schreiben an den Außenminister aus dem Jahr 2014 mit Empfehlungen in Bezug auf die Prioritäten des niederländischen Ratsvorsitzes unterstrich der SER die Bedeutung der europäischen Integration und Zusammenarbeit. Der SER kooperiert mit dem EWSA in vielfältiger Weise. So ist der SER nicht nur aktiv am Lenkungsausschuss der Strategie Europa 2020 beteiligt, sondern auch Mitglied des Netzwerks nationaler Wirtschafts- und Sozialräte (WSR) der EU und des EWSA, Mitglied von CESlink (die Online-Gemeinschaft europäischer WSR) sowie Mitglied der Internationalen Vereinigung der Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbarer Einrichtungen.

Der SER berät die Regierung und das Parlament der Niederlande und will so einen Beitrag zum gesellschaftlichen Konsens über nationale und internationale sozioökonomische Themen leisten. Er setzt sich aus Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und unabhängigen Sachverständigen zusammen. Richtungweisend für die Empfehlungen des SER ist das Ziel des gesellschaftlichen Wohlstands im weitesten Sinne, was sowohl den materiellen als auch den sozialen Fortschritt und ein intaktes Lebensumfeld einschließt. Im Idealfall erfüllen die Empfehlungen des SER zweierlei Funktion: Einerseits leisten sie einen Beitrag zu einer von der Zivilgesellschaft breit getragenen Kabinettpolitik,

andererseits zu einer sozialverträglich gestalteten Wirtschaft. Im Einklang mit seiner Verpflichtung, Signale aus der Gesellschaft zu erkennen und zu deuten, bietet der SER verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, ihr spezielles Fachwissen einzubringen.

Die Wiederherstellung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung ist die zentrale Priorität des niederländischen Ratsvorsitzes, die in mehrere Teilprioritäten unterteilt ist, z.B. die Europa-2020-Strategie und der Investitionsplan für Europa, die Förderung des Binnenmarkts, Verbraucher und Umwelt, ein gut funktionierender und vernetzter Energiebinnenmarkt, Investitionen in Infrastruktur und Wissen, Nutzung des Potenzials der Kreislaufwirtschaft, Methoden der offenen Koordinierung zur Anregung des lebenslangen Lernens und Förderung einer echten Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU.

Die Arbeitskräftemobilität kann nach Ansicht des SER zu Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen, weil sie es erleichtert, die richtige Person an den richtigen Arbeitsplatz zu bringen. Um die Unterstützung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen sowie Entscheidungen zu stärken, sind gleiche Wettbewerbsbedingungen erforderlich. Darum ersucht der SER in seiner Stellungnahme zur Arbeitskräftemobilität um einen – in Absprache mit den Sozialpartnern erstellten – Aktionsplan zur Förderung der echten Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU. Der niederländische Ratsvorsitz trägt in entscheidendem Maße dazu bei, eine echte Arbeitskräftemobilität zu erreichen.

Die niederländischen Mitglieder des EWSA



BOUWKNEGT Melanie Irmgard
Gruppe II – Arbeitnehmer
Politikberaterin im CNV (Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund der Niederlande)
info@eesc.europa.eu



QUAEDVLIEG Leo
Gruppe I – Arbeitgeber
Leiter des ständigen Büros in Brüssel, Niederländischer Verband der Arbeitgeber und der KMU (VNO-NCW en MKB Nederland)
info@eesc.europa.eu



BULK Marjolijn
Gruppe II – Arbeitnehmer
Referentin für internationale Angelegenheiten, FNV (Niederländischer Gewerkschaftsbund)
info@eesc.europa.eu



SIECKER Martin
Gruppe II – Arbeitnehmer
Gewerkschaftsführer – FNV (niederländischer Gewerkschaftsbund)
Martin.Siecker@eesc.europa.eu



DIRX Jan
Gruppe III – Verschiedene Interessen
Berater und geschäftsführender Sekretär bei Natuur en Milieu (Umweltorganisation)
JanWillemHendrik.Dirx@eesc.europa.eu



SIMONS Jan
Gruppe I – Arbeitgeber
Professor Emeritus für Verkehrswirtschaft, Freie Universität Amsterdam
Jan.Simons@eesc.europa.eu



LUSTENHOUWER Cornelis
Gruppe I – Arbeitgeber
Generalprokurator bei Delta N.V., EU-Politikberater bei MKB Nederland (Arbeitgeberorganisation)
info@eesc.europa.eu



VAN IERSEL Joost
Gruppe I – Arbeitgeber
Ehemaliger Präsident der Handelskammer – Den Haag – ehemaliges Mitglieder der zweiten Kammer
Joost.VanIersel@eesc.europa.eu



MULLER Catelijne
Gruppe II – Arbeitnehmer
Beraterin bei VCP (Niederländische Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer in leitender Funktion)
info@eesc.europa.eu



VAN WEZEL Anna
Gruppe II – Arbeitnehmer
Referentin für internationale und europäische Angelegenheiten, FNV (Niederländischer Gewerkschaftsbund)
Annie.VanWezel@eesc.europa.eu



OSINGA Klaas Johan
Gruppe III – Verschiedene Interessen
Hauptberater bei LTO Nederland (Arbeitgeberverband des niederländischen Agrar- und Gartenbausektors)
info@eesc.europa.eu



WESTENDORP Dirk
Gruppe III – Verschiedene Interessen
Ehemaliger geschäftsführender Direktor der niederländischen Verbraucherorganisation Consumentenbond
Dirk.Westendorp@eesc.europa.eu



Die Prioritäten der europäischen Zivilgesellschaft während des niederländischen Ratsvorsitzes



Angesichts der weiterhin zunehmenden Armut und sozialen Ausgrenzung wird der Schwerpunkt der Tätigkeit des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) auch künftig auf dem **Europäischen Sozialmodell** mit besonderer Betonung auf Sozialinvestitionen als Produktivitätsfaktor und effizienten und verlässlichen Sozialleistungssystemen liegen, womit ein Beitrag zu der Errichtung einer Europäischen Säule sozialer Rechte geleistet werden soll. Zu den zentralen Prioritäten zählt die Schaffung von Arbeitsplätzen, wobei sich der EWSA auf innovative Maßnahmen mit einer menschlichen Dimension konzentrieren wird, mit denen das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen gewahrt wird. Besonderes Augenmerk wird auf Maßnahmen zur Steigerung von Beschäftigungsmöglichkeiten liegen, und zwar insbesondere für junge Menschen, Zuwanderer, Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose.

Der EWSA wird sich außerdem für **menschenwürdige Arbeit** einsetzen und insbesondere im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen die Notwendigkeit menschenwürdiger Arbeitsbedingungen betonen. Forschung und Innovation sind von entscheidender Bedeutung, um **die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen**. Der Ausschuss

wird die Auswirkungen des digitalen Wandels und des Übergangs zu einer ressourcenschonenden und grünen Niedrigemissionswirtschaft auf die Beschäftigung untersuchen. Angesichts des Wandels der Industrie wird der EWSA die Entwicklungen im Zusammenhang mit der **Industrie 4.0** genau beobachten, bei der es um neue Geschäftsmodelle, neue Denkweisen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden Produktionslinien und disruptiven Technologien geht, um ein ganzheitliches Konzept dafür zu entwickeln, europäische Unternehmen optimal auf die Mitwirkung an diesem Prozess vorzubereiten.

Der Ausschuss wird die Bemühungen um eine offenere und menschlichere **gemeinschaftliche Einwanderungs- und Asylpolitik** sowie für mehr Solidarität und gemeinsame Verantwortung in der Europäischen Union unterstützen. Ferner wird er sich für eine bessere Anerkennung des Beitrags von Zuwanderern zur europäischen Wirtschaft und Gesellschaft sowie für ihre **Integration in den Arbeitsmarkt**, bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und die volle Achtung ihrer Grundrechte einsetzen.

Migration, Jugendarbeitslosigkeit und eine stärker integrierte Zivilgesellschaft in den südlichen Ländern werden Hauptgegenstand der Aktivitäten im Zusammenhang mit der **Partnerschaft Europa-Mittelmeer und den afrikanischen Ländern** sein. Hinsichtlich der **östlichen Nachbarn** wird die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Überwachung der Umsetzung von Assoziierungsabkommen oberste Priorität sein. Es werden zwei Plattformen der Zivilgesellschaft mit Moldau und Georgien und

eine Interne Beratungsgruppe EU-Ukraine eingerichtet.

Der Ausschuss wird die **Verhandlungen der EU über Handelsabkommen** und die Überwachung von EU-Abkommen durch die Zivilgesellschaft begleiten. Besondere Aufmerksamkeit wird den mit der Ukraine, Moldau und Georgien geschlossenen Assoziierungsabkommen sowie den Verhandlungen mit den **USA und Japan** gewidmet. Die Themen weltweite Lieferketten und nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen werden in einer Stellungnahme, unter anderem als Beitrag zur IAO-Jahrestagung im Juni 2016, erörtert werden.

Der niederländische Ratsvorsitz wird mit dem EWSA in zwei Bereichen zusammenarbeiten; zum einen beim Thema **Erweiterung**, genauer gesagt bei den ersten Schritten des kürzlich eingerichteten **Gemischten Beratenden Ausschusses der Zivilgesellschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und Serbiens**, und zum anderen in der Frage **Lateinamerika**, wo die Arbeit des Ratsvorsitzes mit dem Beitrag des **Diskussionsforums der Zivilgesellschaft EU/Brasilien** beim Gipfeltreffen EU-Brasilien im Jahr 2016 verknüpft sein wird.

Der EWSA wird die **Koordinierung der Sozialversicherungssysteme** als Teil der Entwicklungspolitik, die **Überarbeitung des Cotonou-Abkommens** nach 2020 und die Folgemaßnahmen zu den **Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) für die Zeit nach 2015** genau verfolgen. In der konkreten Umsetzungsphase der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen** ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Der EWSA wird

die Einrichtung eines europäischen Forums für Nachhaltige Entwicklung anstreben, das einen strukturierten und unabhängigen Rahmen für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung, Überwachung und Überarbeitung der SDG auf EU-Ebene bieten sollte.

Im Bereich der **Klimapolitik** wird der Ausschuss konkrete Maßnahmen vorschlagen, um die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung und Umsetzung internationaler Abkommen zu fördern. Weitere Themen werden die Berücksichtigung von Klimafragen in allen Politikbereichen der EU, der Übergang zu emissionsarmen und klimaresistenten Wirtschaften und Anpassung (mit besonderem Schwerpunkt auf dem Landnutzungssektor einschließlich der Verknüpfung mit dem Thema Ernährungssicherheit) sein.

Der EWSA wird sich aktiv für die Umsetzung **makroregionaler Strategien** und Programme für den Zeitraum 2014-2020 einsetzen und dabei die volle Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Prozess sicherstellen. Er wird weiterhin die Einführung **gemeinsamer europäischer Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung** im Auge behalten, die dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum auf nachhaltige Weise anzukurbeln. Der EWSA will dafür sorgen, dass der Urbanisierungsprozess in Europa mit einer höheren Attraktivität ländlicher Gegenden einhergeht, wobei der Schwerpunkt auf **Wachstum und Beschäftigung in ländlichen und entlegenen Gebieten**, insbesondere für junge Menschen, liegen soll.



...

Der EWSA wird weiterhin die nachhaltige Landwirtschaft und Fischerei unterstützen. Er wird die wesentlichen Empfehlungen seiner Sondierungsstellungnahme zur **Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik** vertreten. Der Ausschuss zeigt sich im Zusammenhang mit der **globalen Ernährungssicherheit** zunehmend besorgt über die ökologischen und sozialen Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion und des Lebensmittelkonsums. Das Thema nachhaltige Ernährungssysteme soll umfassend angegangen werden, unter anderem durch die Förderung einer nachhaltigen Agrarproduktion unter gleichzeitiger Wahrung des „Rechts auf Nahrung“, Verminderung von Abfall und Förderung eines nachhaltigen Verbrauchs.

Der Ausschuss wird seine kritische Bewertung der Umsetzung der **Strategie Europa 2020** in enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk nationaler Wirtschafts- und Sozialräte und weiteren Akteuren fortsetzen. Er vertritt die Auffassung, dass die Halbzeitüberprüfung der Strategie eine einmalige Gelegenheit darstellt, ihr den neuen Schwung zu verleihen, den sie benötigt, um wieder auf den richtigen Weg zurückzufinden.

Die Arbeit im Bereich **Sozialunternehmen und Sozialwirtschaft** wird fortgesetzt. Auf Ersuchen der Zivilgesellschaft wird der EWSA politische Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene weiterhin verfolgen und beurteilen. Er legt konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des allgemeinen Umfelds für Unternehmen der

Sozialwirtschaft fest, gibt den Mitgliedstaaten bewährte Vorgehensweisen an die Hand und erhöht die Sichtbarkeit dieses Sektors.

Auf der Tagesordnung des EWSA stehen außerdem neue Konsumformen wie der **Kollaborative Konsum und die Sharing Economy**. Im Zentrum des alljährlichen Europäischen Verbrauchertags werden die Auswirkungen des Maßnahmenpakets zur besseren Rechtsetzung stehen. Der Ausschuss wird eine Studie darüber erstellen, wie bessere Informationen zur **Lebensdauer von Produkten** Einfluss auf das Verbraucherverhalten nehmen und es den Herstellern so ermöglichen könnten, ihre Produktion der Nachfrage seitens der Verbraucher anzupassen. Der EWSA wird eine Stellungnahme zu dem neuen Vorschlag der Kommission für eine Kreislaufwirtschaft ausarbeiten, in der der Beitrag der **Kreislaufwirtschaft** zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen beurteilt wird.

Der EWSA wird sich weiterhin aktiv an der laufenden Diskussion zur **besseren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und institutionellen Governance im Euroraum** beteiligen und dabei sicherstellen, dass den Standpunkten von Akteuren der Zivilgesellschaft gebührend Rechnung getragen wird. Der EWSA wird seine Aufmerksamkeit auf die konkreten Folgemaßnahmen zum Bericht der fünf Präsidenten zur Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), beispielsweise ein europäisches Einlagensicherungssystem, richten. Vor allem wird der Ausschuss seine Standpunkte zu den wichtigsten Themen des Pakets zur Vertiefung der WWU vorstellen.

Der EWSA wird an den kritischen ersten Schritten des **Aktionsplans für den Aufbau einer Kapitalmarktunion (KMU)** wie die Neubelebung solider Verbriefungsmärkte und Änderungen an der Prospekttrichtlinie arbeiten, um die Kapitalbeschaffung für kleine und mittlere Unternehmen einfacher und weniger kostspielig zu machen.

Der Ausschuss verpflichtet sich zur **Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung**. Er wird die Themen Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung und die Vorschläge zu einer konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage angehen, um zur Entwicklung einer transparenten und gerechteren Unternehmenslandschaft beizutragen.

Im Bereich Informationsgesellschaft wird der EWSA zur Umsetzung der **Strategie für den digitalen Binnenmarkt** beitragen, indem er Stellungnahmen zu zentralen Fragen wie Geoblocking und die Überarbeitung des Rechtsrahmens für die Telekommunikation ausarbeitet. Besondere Aufmerksamkeit wird der Maximierung der Vorteile des ungehinderten Zugangs zu digitalen Gütern und Dienstleistungen für Unternehmen und Bürger gelten. **Digitale Fertigkeiten, eine Informationsgesellschaft für alle (E-Inclusion) und der Schutz der Privatsphäre und personenbezogenen Daten**

Der EWSA wird sich auf seine früheren Stellungnahmen zur **Europäischen Energieunion** stützen, um sich mit konkreteren Gesetzesvorschlägen einzubringen. Der Ausschuss wird auf die Notwendigkeit hinweisen, Energieverbraucher

dabei zu unterstützen, aktive Marktteilnehmer zu werden, und dafür zu sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger und die organisierte Zivilgesellschaft im Hinblick auf ihre „Energiezukunft“ ein aktives Mitspracherecht haben. Das Konzept eines **Europäischen Energiedialogs (EED)** wird als Parallelprozess zur Energieunion weiter gefördert. Mit dem EED wird ein unabhängiger Rahmen für den Dialog mit der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit den nationalen Energieplänen entstehen.

Der Ausschuss wird sich auch weiterhin für die Einrichtung eines **einheitlichen europäischen Verkehrsraums** stark machen und sich dabei in erster Linie auf die Förderung einer wirklich europäischen Luftraumstrategie konzentrieren, die zur Verbesserung der Wertschöpfungskette im Luftverkehr beiträgt, damit dieser Sektor auch künftig zu den Hauptfaktoren wirtschaftlichen Wachstums gehört. Der EWSA wird auf aktuelle Fragen wie Binnenwasserstraßen, selbstfahrende Fahrzeuge, Massendaten und die gesellschaftlichen Auswirkungen und Regulierung der Aktivitäten der Sharing Economy im Verkehrssektor hinweisen.

Die **Partnerschaft für die Kommunikation über Europa** hat weiterhin oberste Priorität für den EWSA. Während des niederländischen Ratsvorsitzes wird der EWSA u.a. seinen Dialog mit jungen Europäern im Rahmen der Veranstaltung „Your Europe, Your Say!“ fortführen. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die „Going local“-Aktivitäten gelegt werden, bei denen die EWSA-Mitglieder einen Dialog mit Bürgern „zu Hause“ und in Brüssel führen.

Eine Union, die sich während des niederländischen EU-Ratsvorsitzes auf das Wesentliche, Beschäftigung, Wachstum und Verständigung konzentriert



Der zwölfte niederländische Ratsvorsitz kommt zu einem Zeitpunkt der langsamen Erholung Europas nach Jahren der Wirtschaftskrise. Die Herausforderungen bleiben jedoch bestehen, denn die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor zu hoch und immer mehr Menschen leben in Armut. Die Überalterung der Bevölkerung wird für den schrumpfenden Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung eine größere Belastung darstellen. Auch der Flüchtlingsstrom testet die Grenzen der Belastbarkeit der Sozialsysteme aus. In der Zwischenzeit verändert sich die Weltwirtschaft rapide. Im digitalen Zeitalter müssen sich die Mitgliedstaaten anpassen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, ihr Wachstumspotenzial zu verbessern und ihre sozialen Sicherungssysteme zu schützen. Knappe Ressourcen, Energiekosten und die Auswirkungen des Klimawandels zählen zu den größten Herausforderungen.

Der Sozialwirtschaftliche Rat der Niederlande (SER) spielt für unsere Politik und Entscheidungsfindung nicht zuletzt im Bereich der europäischen Integration seit über sechs Jahrzehnten eine wichtige beratende Rolle. Er sorgt dafür, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden – damit ist der EWSA bei den sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa ein idealer Partner.

Während ihres Ratsvorsitzes werden sich die Niederlande für eine Union stark machen, die sich auf das Wesentliche konzentriert, durch Innovation für Wachstum und Beschäftigung sorgt, Kontakt zu den europäischen Gesellschaften herstellt und sich durch Bürgernähe auszeichnet.

Eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert, ist eine Union, die sich darum bemüht, einen Zusatznutzen zu den Maßnahmen zu schaffen, die die Mitgliedstaaten selbst durchführen können und müssen. Ziel des niederländischen Ratsvorsitzes ist es, die Qualität der Gesetzgebung langfristig zu verbessern, indem sie vereinfacht und praxistauglicher gemacht wird und, sofern möglich und nötig, Verwaltungsaufwand und -kosten reduziert werden. Vor allem will der niederländische Ratsvorsitz für eine qualitativ hochwertigere und zukunftsfähige Gesetzgebung sorgen. Dies ist für die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und staatlichen Behörden wichtig und wird zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Eine innovative Union, bei der Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt stehen, ist eine Union, die ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik mehr Schlagkraft verleiht und Europas globale Wettbewerbsfähigkeit steigert. Will die Union auch künftig eine Wirtschaftsmacht in einer sich schnell verändernden Welt bleiben, muss Innovation auf der EU-Tagesordnung ganz oben stehen. Innovation ist der Schlüssel zu nachhaltigem und integrativem Wachstum, Verbesserung

und Erneuerung. Sie ist die beste Antwort auf den Druck durch die Globalisierung. Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat höchste Priorität. Europas soziale Identität sollte ebenfalls integraler Bestandteil der strategischen Agenda sein; sie muss allerdings den Menschen zugutekommen. Dies bedeutet, dass menschenwürdige Arbeit gefördert werden muss und Sozialdumping in der EU keinen Platz haben sollte. Gleiche Lohnbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort – dies muss auch für mobile Arbeitskräfte in der EU oberstes Prinzip sein. Menschenwürdige Arbeit schließt auch einen besseren Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz ein. Wie der EWSA dargelegt hat, sind wir uns darüber im Klaren, dass das Armutsbekämpfungsziel im Rahmen der Strategie Europa 2020 nicht erreicht werden wird. Der niederländische Ratsvorsitz wird bei der Bekämpfung der Armut den Austausch von Wissen und bewährten Verfahren fördern und dabei einen ganzheitlichen Ansatz fördern.

Der niederländische Ratsvorsitz setzt sich daher für eine Union ein, die verbindet: eine Union, die sich auf grundlegende Werte stützt und von ihren Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Um die Unterstützung der Öffentlichkeit für die europäische Entscheidungsfindung zu gewinnen, müssen ihr klare Möglichkeiten der Beteiligung und Einflussnahme eingeräumt werden. Die Stärkung der demokratischen Legitimität wird eines der zentralen Ziele unseres Ratsvorsitzes sein. Hierfür bedarf es der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Transparenz bei der

Entscheidungsfindung ist daher unverzichtbar. Die Unterstützung für die EU wird auch gestärkt werden, wenn die Union tatsächlich Ergebnisse für die Bürger und Unternehmen in Bereichen erreicht, die diesen wichtig sind. Die niederländische Regierung wird daher auf dieses Ziel hinarbeiten.

Wir werden den niederländischen Ratsvorsitz dazu nutzen, die Union bei der Erreichung konkreter Verbesserungen für die Bürger und Unternehmen in Europa zu unterstützen. Die Einbeziehung aller relevanten Akteure auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, insbesondere über den EWSA als sozioökonomische Plattform der EU, wird von entscheidender Bedeutung sein, um Vertrauen zu gewinnen und die europäischen Gesellschaften fit für die Zukunft zu machen.



Lodewijk Asscher
Stellvertretender
Ministerpräsident,
Minister für Soziales und
Beschäftigung



Henk Kamp
Minister für Wirtschaft



Allgemeine Informationen über die Niederlande



Amtliche Bezeichnung	Königreich der Niederlande
Hauptstadt	Amsterdam
Fläche	41 543 km ²
Weitere bedeutende Städte (hinsichtlich der Einwohnerzahl)	Rotterdam, Den Haag, Utrecht
Landessprache	Niederländisch
Amtssprache	Niederländisch
Währung	Euro
Bevölkerung (01.09.2015)¹	16 957 605
Ausländische Bevölkerung (01.08.2014)¹	1 997 584
BIP zu Marktpreisen (in Mio. EUR, 2014)¹	662 770
Pro-Kopf-BIP (in Kaufkraftstandards [KKS], EU-28 = 100, 2014)²	130
Inlandsbeschäftigung (2014)³	8 739 000
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige im Alter von 20 bis 64 Jahren, 2014)²	73,1%
Arbeitslosenquote (nach ILO-Definition, 2014)²	7,4%
Lebenserwartung bei Geburt (2014)¹	Frauen: 83,29 Jahre / Männer: 79,87 Jahre
Hauptexportgüter (in % der Gesamtexporte, 2014)³	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle, Destillationserzeugnisse usw. (16,73%) Maschinen, Atomreaktoren, Warmwasserspeicher usw. (13,61%) Elektrische/elektronische Anlagen (8,47%)
Hauptimportgüter (in % der Gesamtimporte, 2014)³	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle, Destillationserzeugnisse usw. (21,17%) Maschinen, Atomreaktoren, Warmwasserspeicher usw. (12,88%) Elektrische/elektronische Anlagen (10,21%)

¹ Centraal Bureau voor de Statistiek

² Eurostat

³ Trademap





Aufzeichnungen

A series of horizontal dotted lines for taking notes, organized into four columns. The first column contains 20 lines, the second 20 lines, the third 20 lines, and the fourth 20 lines.



Europäischer Wirtschafts-und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2015-81-DE

www.eesc.europa.eu



© Europäische Union, 2015
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.



Print:
QE-04-15-840-DE-C
ISBN 978-92-830-2956-4
doi:10.2864/44406

Online:
QE-04-15-840-DE-N
ISBN 978-92-830-2949-6
doi:10.2864/16578

DE